

Umschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **66 (1979)**

Heft 23

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Umschau

Ein welscher Sprecher für die Zentralisierung der ED-Institutionen

Der Vizepräsident des Komitees der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), der neuenburgische Staatsrat François Jeanneret, hat den Beschluss der EDK, ihre Institutionen in Bern zu zentralisieren, verteidigt. In einem Interview mit der SDA bedauerte Jeanneret den Aufruhr in dieser Frage und die «unredlichen, teilweise falschen Argumente», die in den Massenmedien Eingang gefunden hätten. Der Beschluss der Erziehungsdirektoren war vor allem bei den von der Regelung der EDK-Einrichtungen direkt betroffenen Kantone Aargau und Genf auf Kritik gestossen.

Jeanneret äusserte sich sowohl im Namen des Komitees, dem als zweiter Westschweizer Vertreter der Walliser Antoine Zufferey angehört, als auch im Namen der Mehrheit der Westschweizer Erziehungsdirektoren. Er erinnerte an die Entscheidung, die an der Jahresversammlung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren vom 26. Oktober in Schwyz getroffen worden waren: Das Sekretariat der EDK und die Schweizerische Dokumentationsstelle für Schul- und Bildungsfragen in Genf sowie die Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung in Aarau sollen nach Bern verlegt werden. Diese Beschlüsse wurden mit 13 : 11 Stimmen im Fall Genf und mit 11 : 10 Stimmen im Fall Aarau gefasst. Demgegenüber sprachen sich die Erziehungsdirektoren mit 15 : 7 Stimmen dagegen aus, auch die Schweizerische Zentralstelle für die Weiterbildung der Mittelschullehrer in die Bundesstadt umzusiedeln.

Im Fall Genf befürwortete die Mehrheit der Mitglieder der Westschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz die Verlegung, d. h. Freiburg, Wallis, Neuenburg, Tessin und das französischsprachige Bern. Jeanneret betonte, er habe sich persönlich immer für die Zentralisierung der drei Institutionen in Bern und damit gegen eine teilweise Zentralisierung ausgesprochen. Seit der Sitzung im Oktober ist das Komitee nicht wieder zusammengetreten.

Die Notwendigkeit der Zentralisierung, der Rationalisierung und von Einsparungen, die 1976 noch nicht hätten vorausgesehen werden können, rechtfertigen nach den Worten Jeannerets die Zusammenlegung der EDK-Dienststellen in Bern. Bern ist für Jeanneret eine «natürliche und politische Begegnungsstätte» der kantonalen Konferenzen. Dies ergebe sich auch aus einer gewissen Konzeption des Föderalismus, die nicht teilbar sei. Der neuenburgische Erziehungsdirek-

tor unterscheidet das, was er den «schwachen» Föderalismus nennt und als «Aufteilung» und «Streuung» versteht, vom «starken Föderalismus», der den Kantonen eine gemeinsame Front und eine starke Organisation geben müsse.

Schweizerischer Lehrerverein für einheitlichen Schuljahrsbeginn

Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Lehrervereins hat am 24. November in Luzern eine Erklärung gutgeheissen, in der sie ihr Bekenntnis zur Koordination des Schuljahrsbeginns bekräftigt und die Anstrengungen auf politischer Ebene, eine gesamtschweizerische Lösung herbeizuführen, begrüsst. Die Delegierten geben dabei einer Regelung auf dem Konkordatsweg den Vorzug und sind, wie es in der Erklärung heisst, davon überzeugt, dass die gegenwärtigen uneinheitlichen Verhältnisse im Interesse des Schülers möglichst bald überwunden werden sollten.

Eine Informationsrunde zum Thema «Schuljahrsbeginn – ein Teilproblem der Schulkoordination?» stand im Mittelpunkt der Delegiertenversammlung. Erwartungsgemäss blieb dabei umstritten, ob die Schule im Frühling oder Herbst beginnen soll. Mit Ausnahme der Kantone Graubünden, Luzern, Nidwalden, Obwalden, Uri und Zug, die bereits auf den Herbst umgestellt haben, halten die übrigen Deutschschweizer Kantone am Frühling fest. Gegenwärtig kennen 13 Kantone den Frühlings- und 13 Kantone den Herbstschulbeginn.

Gilgen für neuen Anlauf

Der Zürcher Regierungsrat Alfred Gilgen als Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz betonte, dass sich der unterschiedliche Schuljahrsbeginn immer mehr als ein Hemmschuh erweise, der die weitere Zusammenarbeit im Bereich der inneren Schulkoordination erschwere. Für Regierungsrat Gilgen gibt es nur den Spätsommerbeginn auf gesamtschweizerischer Ebene als einzige sachlich befriedigende Lösung. Die Aussichten für einen entsprechenden positiven Volksentscheid in den Kantonen Zürich und Bern ständen heute besser als 1972. Deshalb hätten sich diese beiden Kantone entschlossen, in einem zeitlich aufeinander abgestimmten Vorgehen dem Volk die Verlegung des Schuljahrsbeginns auf den Spätsommer vorzuschlagen.

Hürlimann: Konkordat besser

Auch Bundespräsident Hans Hürlimann bezeichnete den Schuljahrsbeginn nach den grossen Ferien im Spätsommer als eine gute Lösung, die praktisch auf der ganzen Welt gelte. Er befasste sich vor allem mit der staatspolitischen Frage, ob das Ziel auf dem Konkordatsweg oder – wie

dies Standesinitiativen der Kantone Zug und Schwyz und die von zwölf Kantonalparteien der Freisinnigen lancierten Volksinitiativen verlangen – über eine entsprechende Bestimmung in der Bundesverfassung anzustreben sei. Es gebe Probleme, erklärte der Bundespräsident, welche die Kantone ganz allein zu lösen hätten; die Volksschulen seien ein solches. Es gehe darum, den Kantonen und Gemeinden in diesem Bereich ihre Souveränität zu wahren. Darum sei dem Konkordat der Vorzug zu geben.

Vereinsmitteilungen

Unterstützen Sie die Eigenwerke des CLEVS und des VKLS!

Schülerkalender «MEIN FREUND» 1980

Der beliebte Schüler- und Jugendkalender enthält aktuelle Reportagen, spannende Leseproben aus beliebten Jugendbüchern, ist reich bebildert und bietet eine Reihe von Wettbewerben mit verlockenden Preisen.

Dazu gehört eine Agenda für den täglichen Gebrauch in Schule, Sport und Freizeit, mit Minilexikon, Stundenplan, Adressverzeichnis und viel anderem.

Beides zusammen kostet nur Fr. 9.80 und ist in jeder Buchhandlung und Papeterie erhältlich.

Unterrichtsheft

Ein praktisches Vorbereitungsheft für Lehrer aller Stufen. Es existieren auch zwei Sonderausgaben: Ausgabe B für Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen, Ausgabe C für Kindergärtnerinnen. Jährlich wurden über 15 000 Exemplare bezogen! Bestellung an:

Unterrichtsheft-Verlag, Anton Schmid, Schachenstrasse 10, 6010 Kriens.

Notenbüchlein

Eine wertvolle Hilfe für jeden Lehrer. Preis Fr. 5.50. Bestellungen bei Alois Hübscher, Rebacker, 6287 Aesch LU.

Reisekarte und Lehreragenda

In der Reisekarte finden Sie das Verzeichnis der Unternehmungen, die Ihnen – und zum Teil auch Ihren Angehörigen – eine Vergünstigung auf die normalen Tarife gewähren. Im zweiten Teil werden eine Vielzahl von Vorschlägen für Schulreisen und Wanderwochen gemacht. Eine Fundgrube auch für den Meseumbesucher (Öffnungszeiten, Eintrittspreise etc).

Die Lehreragenda ist nochmals verbessert und erweitert worden und damit genau auf Ihre Bedürfnisse abgestimmt.

Preis der Lehreragenda mit Reisekarte und Ausweis: Fr. 9.–. Spezialpreis für Lehrerseminare bei

Kollektivbezug: Fr. 6.–. Zu beziehen bei Kaspar Kaufmann, 6048 Horw.

Aus Kantonen und Sektionen

Solothurn:

Zwischen Pragmatismus und Machbarkeitspädagogik

Stellungnahme des CLEVS zu den Rahmenbestimmungen der Lehrplanrevision im Kanton Solothurn

Vorbemerkung: In der «schweizer schule» Nr. 19 berichtete Sie von den «Rahmenrichtlinien zur Lehrplanrevision», die der Solothurner Regierungsrat herausgegeben hat. Während der Solothurner Lehrerbund vor allem das gewerkschaftliche Problem beurteilte, befasst sich der CLEVS Solothurn in der folgenden Stellungnahme in erster Linie mit den grundsätzlichen weltanschaulichen und pädagogischen Aspekten. Wir sind überzeugt, dass diese Überlegungen über die Grenzen des Kantons Solothurn hinaus Beachtung verdienen.

An ihrer letzten Sitzung in Egerkingen setzte sich die Regionalgruppe Solothurn des Christlichen Lehrer- und Erziehervereins der Schweiz (CLEVS) mit den regierungsrätlichen «Rahmenbestimmungen für die Revision der Volksschullehrpläne» auseinander. Als vor allem weltanschaulich orientierter Verein richtete der CLEVS sein Augenmerk nicht so sehr auf gewerkschaftliche Belange, werden diese doch vom Solothurner Lehrerbund und den verschiedenen Stufenorganisationen genügend wahrgenommen, sondern auf das pädagogische oder ideologische Konzept, das hinter den Rahmenbestimmungen steht. Das heisst nicht, dass es das Bestreben des CLEVS war, die Rahmenrichtlinien zum vorneherein zu verurteilen. In den Diskussionen wurde der Wille der Autoren, es möglichst vielen recht zu machen, durchaus anerkannt.

Aber hier liegt zugleich der erste wunde Punkt. Hinter den Rahmenrichtlinien steht kein klarer demokratischer Wille und Auftrag. Demoskopie kann die Demokratie nicht ersetzen, so billig und bequem jene auch wäre. «Demoskopien bleiben Astrologen ohne Sterne», wie Brownell gesagt hat. Auf jeden Fall rechtfertigen 211 Interview-Befragungen die Ausschaltung der solothurnischen Lehrerschaft bei der Ausarbeitung der Lehrplanrichtlinien nicht.

Wir sind uns bewusst, dass auch ein transparenteres, demokratischeres Verfahren nicht vollkommen vor ideologischen Einseitigkeiten feil – wir